

ABSAGE 1.-MAI-KUNDGEBUNG

„Solidarisch ist man nicht alleine“

Mit Anstand Abstand halten: „Solidarisch ist man nicht alleine.“ Wir können es heute schon beobachten: Überall erblühen neue Formen der Solidarität“, erklärt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann angesichts der Corona-Krise. Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus zwingt die Gewerkschaften aber auch zu einer historisch einmaligen Entscheidung: „Schweren Herzens müssen wir die 1.-Mai-Kundgebungen dieses Jahres leider absagen.“

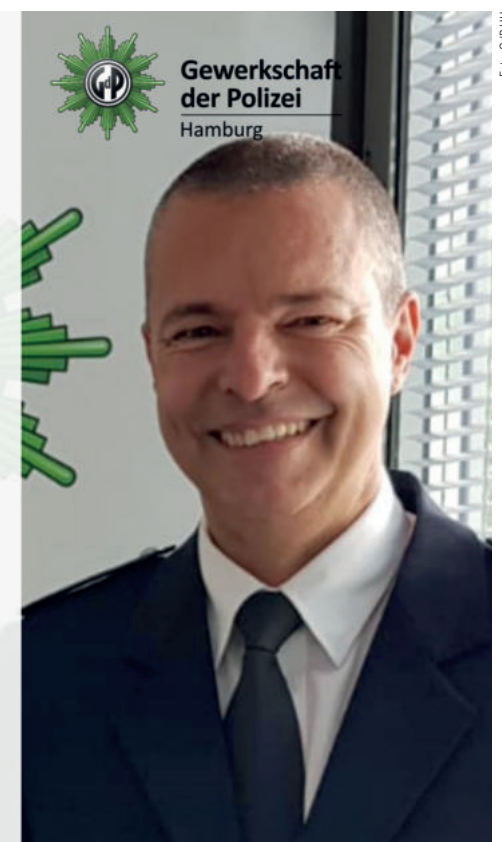
Solidarität heißt in diesem Jahr: Abstand halten!“ DGB Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): Die Corona-Pandemie bedeutet ein Leben im Ausnahmezustand. Viele Menschen können nicht zum Arbeitsplatz, unsere Kinder nicht in die Schulen und Kitas, wir sehen unsere Verwandten nicht mehr, unsere Freundinnen und Freunde, unsere Kolleginnen und Kollegen. Viele sorgen sich um ihre Existenz. Auch wir Gewerkschaften sehen uns aktuell mit einer neuen Situation konfrontiert, die uns alle extrem fordert. Wir wissen aber auch, wie viel Solidarität bewirken kann. Die Gewerkschaften haben ihre Kraft und Durchsetzungsfähigkeit schon immer aus dem Füreinander-Einstehen der vielen bezogen. So haben sie für mehr Gerechtigkeit gesorgt und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpft. Darum geht es auch heute wieder: Auch jetzt können und müssen wir solidarisch Leben retten. Wir können Verantwortung übernehmen. Für uns, und für alle anderen. Die Solidarität, die die weltweite Ausbreitung des Coronavirus uns allen abverlangt, zwingt uns auch zu einer historisch einmaligen

Entscheidung. Schweren Herzens müssen wir die 1.-Mai-Kundgebungen dieses Jahres leider absagen. Solidarität heißt in diesem Jahr: Abstand halten! Nächstes Jahr werden wir wieder mit vielen Menschen die Straßen und Plätze füllen und den 1. Mai feiern: das – weltweit – größte Fest der Solidarität. Und wir werden feiern, dass wir die Corona-Krise gemeinsam überwunden haben. Heute aber gilt es erst einmal jenen zutiefst zu danken, die uns tagtäglich – mit hohem Risiko für die eigene Gesundheit – vor dem Virus schützen, unsere Versorgung gewährleisten und die öffentliche Sicherheit aufrechterhalten. Wir müssen sie unterstützen, wo immer möglich! Ob Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, die Kassiererinnen und Kassierer im Supermarkt, die Einsatzkräfte bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten, die Beschäftigten bei Ver- und Entsorgungsdiensten, Lkw- und Busfahrerinnen und -fahrer oder das Zugpersonal – sie alle verdienen unseren Respekt und unsere Solidarität.

Wir alle müssen uns jetzt dafür einsetzen, dass ihre Arbeit angemessen gewürdigt wird und sie anständige Arbeitsbedin-

Wir danken den meisten Hamburgerinnen und Hamburgern, die gemeinsam mit uns durch die Corona-Krise gehen! Damit helfen sie nicht nur unseren Kolleginnen und Kollegen, sondern unterstützen auch die Kräfte im Gesundheitswesen, die ebenfalls einen wahnsinnig wertvollen Beitrag leisten! Das Wetter wird jetzt besser. Jetzt heißt es: Hamburg! Halte durch! Für eine gemeinsame Zukunft!

HORST NIENS
LANDESVORSITZENDER



„Solidarisch ist man nicht allein!“

gungen haben. Die Solidarität der Gesellschaft brauchen aber auch diejenigen, die von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besonders betroffen sind, die um ihre Existenzgrundlage fürchten oder um die ihrer Familien, die von Betriebsschließungen, Kurzarbeit oder Geschäftsaufgabe bedroht sind. Viele Menschen müssen zu Hause arbeiten und sich gleichzeitig um ihre Kinder kümmern. Wir müssen dafür sorgen, dass ihr Arbeitsplatz und ihr Einkommen gesichert bleiben. Wir warnen Arbeitgeber vor jedem Versuch, die Situation zu missbrauchen und Arbeitnehmerrechte einzuschränken!

Wir fordern von der Politik, dass sie alle notwendigen Mittel zur Überwindung der Krise mobilisiert. „Solidarisch ist man nicht alleine“, das gilt auch mit Blick auf Europa. Der Virus kennt keine Grenzen. Deshalb müssen die Regierungen der Europäischen Union eng zusammenarbeiten und ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie miteinander abstimmen. Wir werden es nicht zulassen, dass der Kampf gegen das Coronavirus den Nationalisten in die Hände spielt und sich zum Spaltpilz für das geeinte Europa entwickelt. Angst, Wut und Nationalismus sind keine guten Ratgeber.

Nur mit Solidarität, mutigem und entschiedenem Handeln und Besonnenheit stehen wir die Krise gemeinsam durch. Wir können es heute schon beobachten: Überall erblühen neue Formen der Solidarität, wie Nachbarschaftshilfen, Einkaufsgemeinschaften oder Jugendorganisationen, die alte Menschen und andere Hochrisikogefährdete unterstützen. Künstlerinnen und Künstler zeigen ihre Kunst im Netz, Museen öffnen virtuell, Schulen entwickeln innovative Lehrmethoden. Allorts leben Menschen vor: Solidarisch ist man nicht alleine! Solidarität ist ansteckend!

DGB

LEISTUNGEN VOR ALLEM IN DIESEN ZEITEN ANERKENNEN

Die Polizeizulage ruhegehaltstfähig machen!

Die Uniform – das Kleid der Ehre: Die Polizei Hamburg ist derzeit im Corona-Dauereinsatz. Insbesondere in dieser Zeit zeigt sich, dass diverse wichtige Berufsgruppen trotz wichtiger Funktionen in der Lage sind, Schutz zu erhöhen und persönliche Risiken zu minimieren. „It’s Part of the Job!“

Der Landesbezirksvorstand

Die Kolleginnen und Kollegen in Uniform können das nicht: Während Präsenz in anderen Bereich zurückgefahren, Dienstzeiten flexibel gestaltet und „Homeoffice“ angeboten wird, wird die schutzpolizeiliche Präsenz erhöht. Die Schutzpolizei ist präsent, wenn es brennt; 24/7 und das nicht nur in der Corona-Krise. Diese lebenslange Belastung streifen die Menschen in Uniform, die Teil der besonders kritischen Infrastruktur sind, nach ihrem letzten Dienst nicht ab. Sie ist ständiger Begleiter. Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage! In der Krise zeigt sich der Charakter!

„There is no Glory in Prevention“

Dabei lassen wir natürlich auch alle anderen Bereiche in der Hamburger Polizei, in

den in diesen Zeiten ein herausragender Job geleistet wird, außer Acht. Auch hier gilt: Die Polizeizulage ist wieder ruhegehaltstfähig auszugestalten.

Lieber Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, in der jetzigen Zeit sind die hier

beschriebenen Phänomene besonders sichtbar. Erkennen Sie auch die besonderen Lebensleistungen von Polizeibeamten an.

Machen Sie die Polizeizulage wieder ruhegehaltstfähig. Dann bekommen ihre Dankesworte Gewicht. ■



Die nächste Reise kommt bestimmt!

Wir stehen euch auch in dieser Zeit für Rückfragen zu euren aktuellen Buchungen, aber auch für zukünftige Reisewünsche zur Verfügung.



Denn wir sind uns sicher, dass die nächste Reise nicht lange auf sich warten lässt.

Bleibt gesund!

Euer PSW-Team



Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg
Tel.: 040 / 28 08 96 22 Fax: 040 / 28 08 96 27
e-mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de

„Wir haben immer wieder eingefordert, dass der Senat sich schützend vor seine Beschäftigten stellen muss.“

FÜRSORGE

Polizisten sind kein Freiwild – auch nicht in Corona-Zeiten! Jetzt zeigt sich, ob der Schutz der Dienstherrin ausreichend ist!

Immer wieder hat die GdP Hamburg einen effektiveren Rechtsschutz für die Kolleginnen und Kollegen durch die Dienststelle eingefordert. Am Samstag, dem 28. März 2020, kam es erneut zu einer Einsatzsituation, bei der Videos dieser normalen Einsatzlage gemacht und anschließend ins Netz gestellt wurden.

Der Landesbezirksvorstand

Im Zuge von Einsatzen kam es erneut zu Handyaufnahmen eines Einsatzes. Diese Handyvideos wurden anschließend auf Twitter für jedermann abrufbar eingestellt. Diese Videos wurden diverse Male angesehen und mit teilweise beleidigenden Kommentaren versehen.

Die Kolleginnen und Kollegen müssen es nicht hinnehmen, dass ihr Bildnis ohne Einwilligung gegenüber einem Millionenpublikum verbreitet wird und man zudem auch noch mit beleidigenden Kommentaren versehen wird. Aufgrund der Intervention der GdP mussten entsprechende Videos in der Vergangenheit bereits umgehend gelöscht werden. Kolleginnen und Kollegen sind also nicht wehrlos.

Wir haben immer wieder eingefordert, dass der Senat sich schützend vor seine Beschäftigten zu stellen hat und seine Fürsorgepflichtung diesen gegenüber ernst und wahrzunehmen hat.

Organisationen müssen dafür werben, dass die eigene Belegschaft „auf ihrer Seite“ bleibt. Das gilt insbesondere auch dann, wenn einzelne Kolleginnen und Kollegen in den sozialen Netzwerken aufgrund einer dienstlichen Tätigkeit an den öffentlichen Pranger gestellt werden und sie dieser Situation schutzlos ausgeliefert sind. Die dann nicht sofort einsetzende Fürsorge der Dienststelle entfaltet eine Wahrnehmung, die die Mitarbeiterschaft gegen die Führung aufbringt, zeugt sie doch aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen von geringerer Wertschätzung.

„Meinung ohne Ahnung“ ist Programm.

Was sich vielfach in den sozialen Netzwerken findet, mutet als Wettbewerb auf der Suche nach der am stärksten polemisierenden, bewusst subjektiven Sichtweise an. Kein Polizeibeamter muss es sich gefallen lassen, wenn dies auf seine Kosten geschieht. Mit einer sachlichen, an Fakten orientierten Bewertung setzen sich viele Menschen nicht mehr auseinander. „Meinung ohne Ahnung“ ist Programm. In sozialen Netzwerken entwickelt sich dies nicht selten zum Massenphänomen, welches am Ende einem „An-den-Pranger-Stellen“ gleicht. Polizeiliche Einsatzmaßnahmen polarisieren und erzielen in den sozialen Netzwerken regelmäßig eine sehr breite Öffentlichkeit. Insbesondere Meldungen, die sich kritisch mit dem polizeilichen Handeln auseinandersetzen, sind sehr viral. Die eigenen Kolleginnen und Kollegen erwarten gerade in solchen Si-

tuationen, dass sich die Behördenleitung schützend vor die Kollegenschaft stellt. Die Fürsorgepflichtung gewinnt dann an Bedeutung, wenn die Einsatzkräfte für ihre Einsatzbereitschaft in der Kritik stehen. Entschlossenes Handeln, insbesondere durch die Bereitschaft, das Handeln der Einsatzkräfte/Organisation zu verteidigen, ist hier gelebte Fürsorgepflichtung. Diese Fürsorge wird von der GdP eingefordert.

Die PDV 350 wurde überarbeitet und der Senat ist den Forderungen der GdP gefolgt. Zivilrechtlicher Rechtsschutz wird ab jetzt allen Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg gewährt, wenn sie in den sozialen Medien gegen ihren Willen veröffentlicht und möglicherweise diffamiert werden. Ob die neue Regelung nun tatsächlich die Bezeichnung Dienstlicher Rechtsschutz verdient, kann jetzt bewiesen werden!

Wir erwarten, dass sich die Dienststelle proaktiv vor die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, wie aktuell in St. Georg, stellt und sofort zivilrechtliche Schritte gegen die Veröffentlichung der Videos einleitet!

Die GdP Hamburg verfügt über umfangreiche Erfahrungen und Kenntnisse auf diesem Gebiet. Diese Kompetenz stellen wir unseren Mitgliedern weiterhin gern zur Verfügung und begleiten euch auf dem Weg zu einer erfolgreichen Unterlassungserklärung für die Veröffentlichung solcher Videos, der Löschung dieser Videos und dem Einfordern des Schadenersatzes. Polizeibeamte sind kein Freiwild für die Spaßgesellschaft. Auch nicht im Internet! Wenn ihr euch wehren wollt, stehen wir an eurer Seite! ■



**Gewerkschaft
der Polizei
Hamburg**

Foto: GdP HH

„Sie sind ständig auf Funk, um die Einsätze im Zusammenhang mit der Allgemeinverfügung abzuarbeiten.“

EINSATZ FÜR DIE GESELLSCHAFT

Streifenwagen statt Corona-Party

Wenn man die Berichterstattung über den Coronavirus verfolgt, kann man den Eindruck gewinnen, dass sich Teile der jungen Generation für unverwundbar und sich nicht an den Rat der Experten und die Vorgaben der Allgemeinverfügung halten. Immer wieder haben wir Berichte über Corona-Partys gelesen und selbst entsprechende Veranstaltungen aufgelöst.

Der Landesbezirksvorstand

Aber es gibt auch unseren Nachwuchs, der sich sehr verantwortungsvoll den neuen Aufgaben stellt. Gerade unsere jungen Kolleginnen und Kollegen sind im „Co-

rona-Dauereinsatz“! Die Landesbereitschaftspolizei leistet in diesen Tagen einen besonders wertvollen Einsatz zur Entlastung des Vollzugs an den Polizeikommissariaten. Wir konnten uns davon überzeugen, wie professionell die Einheiten agieren. Erklärend und mit dem nötigen Fingerspit-

zengefühl, wenn es angebracht ist. Mit der notwendigen Konsequenz, wenn es notwendig ist. Die Kolleginnen und Kollegen zeigen hierbei eine unheimlich hohe soziale Kompetenz! Vielen Dank an die junge Generation Polizei Hamburg! Eben Streifenwagen statt Corona-Party! ■

FÜRSORGEVERPFLICHTUNG

Infektionsschutz am Arbeitsplatz – Schutz aus Plexiglas kommt!

Die GdP Hamburg hat im Hintergrund diverse Gespräche geführt, um den Schutz für die Kolleginnen und Kollegen zu erhöhen.

Der Landesbezirksvorstand

stallieren. Wir fordern nun alle Polizeikommissariate auf, ihren Mitarbeitenden diesen Schutz auch zu gewähren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind selbst tagtäglich in vorderster Linie im Dienst. Aber alle Probleme sind sicher auch uns nicht bewusst. Schreibt uns an, wir werden uns auch in Zukunft für eure Belange einsetzen. ■

Anzeige

Foto: GdP HH



So wie alle Organisationseinheiten ihr Handeln auf die neue Situation i. S. Corona ausgerichtet haben, so haben wir diese Erwartungshaltung auch gegenüber dem AMD und den jeweils verantwortlichen Sicherheitsbeauftragten an den Dienststellen. Effektiver Schutz für die Kolleginnen und Kollegen im Rezeptionsdienst ist durch eine einfache Plexiglasscheibe zu erreichen, wie sie inzwischen von jedem Supermarkt und jeder Tankstelle zum Schutz der dort tätigen Mitarbeiter eingesetzt wird. Wir freuen uns, dass die Initiative der GdP Hamburg Erfolg hatte und die Dienststellen nun in die Lage versetzt werden, entsprechenden Schutz zu in-



Notdienst der Glaser-Innung Hamburg
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60

Firmenungebundene Auftragsannahme

„Es kann nicht die Aufgabe von Polizeibeamten sein, sich jeden Tag aufs Neue Überblick über die Erwägungen und Interpretationen der Gesundheitsbehörde zu verschaffen.“

VERANTWORTUNG

Die Stadt muss an einem Strang ziehen!

Die Polizei Hamburg ist derzeit im Corona-Dauereinsatz. Wir leisten Amtshilfe, damit die Allgemeinverfügung der Gesundheitsbehörde eingehalten wird. Diese Allgemeinverfügung wurde erlassen, damit sich alle Hamburger an bestimmte Regeln halten und die Corona-Pandemie eingedämmt wird. Die Beamten der Polizei sind dabei gezwungen, die Rechtsverordnung in jeder neuen Variante schnell und rechtssicher auszulegen.

Der Landesbezirksvorstand

Das führt momentan dazu, dass die Vollzugskräfte vor jedem Dienst erst mal reichlich Mails studieren müssen, um zu erfahren, wie die Allgemeinverfügung aktuell ausgelegt wird. Eine zusätzliche Arbeitsbelastung, die uns viel Zeit kostet, die wir sinnvoller auf der Straße verbringen könnten.

Wir erwarten, dass die Gesundheitsbehörde und die Bezirksämter ihrer Verantwortung nachkommen und während der Coronakrise eine ständige Rufbereitschaft einrichtet und Ausrücker benennt, so wie wir es von Beamten auch in den Bereichen erwarten können. Wir brauchen auch an Wochenenden und in den Abend- und Nachtstunden erreichbare Ansprechpartner, damit wir den Bürgern kompetent und rechtssicher gegenüber treten können. Das sichert den Maßnahmen des Senats

den nötigen Respekt und Akzeptanz. Wir setzen die Maßnahmen des Senats selbstverständlich durch, die Entscheider in der Politik sollten sich aber endlich ihrer Verantwortung stellen. Jetzt, wo Maßnahmen der Polizei noch oft zurückgenommen werden, verliert die Allgemeinverfügung an Glaubwürdigkeit. Es ist höchste Zeit, genau dies zu ändern. Zweifelsfälle, die im Kontakt mit dem Bürger entstehen, müssen unmittelbar vor Ort geklärt werden und nicht erst am kommenden Werktag am Schreibtisch.

Was wir aus der jetzigen Situation lernen, ist, dass die mobile Infrastruktur der Behörden dringendst und nachhaltig ausgebaut werden muss. Eine Übertragung der Einsatzsituation per Videochat zum Sachbearbeiter könnte hier zur Rechtssicherheit beitragen und würde die Sachbearbeiter in die Verantwortung nehmen, die es tatsächlich auch sind. Solange das behördeneigene System Mobipol noch nicht flächendeckend zur Verfügung steht, regen wir an, probeweise und zunächst auf vier Wochen befristet in der Kommunikation mit der Gesundheitsbehörde den Gebrauch der Videofunktion von WhatsApp zu gestatten. Ein unkonventioneller Schritt, der uns im Moment bei der Bewältigung der großen Aufgabe helfen kann. Bitte handeln Sie jetzt. ■

RÜCKBLICK

Informationen aus dem ZPD zur Beihilfe

Am 10. März 2020 erschien auf Einladung des Fachbereichs Senioren Frau Dörte Busch von der Beihilfestelle der ZPD in der Mitgliederversammlung und referierte über die Neuerungen im Beihilferecht, die am 1. März 2020 in Kraft getreten waren.

Manfred Hoge

Fachbereich Senioren

Sie berichtete über den Wegfall der Kostendämpfungspauschale seit dem 1. Januar 2020 und dem damit verbundenen Wegfall von Heilpraktikerkosten und -medikamenten und den Änderungen bei der Erstattung

von Brillengläsern. Weitere Ausführungen zur Beantragung von Kosten eines Unfalles und Beantragung für Kosten der Ehegatten folgten. Auch erklärte sie noch einmal, dass keine Blankoantragsformulare mehr zuge-



Foto: GPHH

sandt werden. Diese müssen extra beantragt werden oder sind aus dem Internet herunterzuladen.

Es folgten die ausführlichen Erklärungen zu den Änderungen bei: Sehhilfen, Telemonitoring, Kosten für Rehamaßnahmen, Heilkur und Heilanwendungen. Diese Änderungen im Beihilferecht sind ausführlich im In-

ternet nachzulesen, telefonisch zu erfragen bzw. im persönlichen Gespräch zu erfahren.

Zum Abschluss ihrer Ausführungen brachte Frau Busch noch Anmerkungen zu Widersprüchen und Hinweise zu Leistungen im Pflegerecht.

Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen machten reichlich von Nachfragen Ge-

brauch. Auch konnte Frau Busch einigen Anwesenden in persönlichen Fragen Hilfe anbieten.

Im Anschluss berichtete Gundula Thiele-Heckel u. a. noch von der letzten Beiratsitzung, den Nachwahlen im gLBV und den anstehenden Ausflügen und Planungen zur nächsten Mitgliederversammlung. ■

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Empfang im Rathaus zum Internationalen Frauentag

Aus Anlass des Internationalen Frauentages am 8. März lädt die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung regelmäßig aktive Frauen zu einer Veranstaltung in das Rathaus ein.

Gundula Thiele-Heckel

In diesem Jahr öffnete das Rathaus sogar an einem Sonntag die Türen, um Frauen die Anerkennung zu schenken, die sie

für ihren stetigen Einsatz im Rahmen der Gleichstellung auch verdient haben.

Als Festrednerin war die neue Hamburger Ehrenbürgerin und Kinder- und Jugendbuchautorin Dr. Kirsten Boie eingeladen. Nach einer Begrüßung durch unsere 2. Bürgermeisterin Frau Katharina Fegebank erzählte Frau Boie von ihren Erfahrungen im Kampf um Anerkennung nicht nur in ihrem Berufsleben, gehört sie doch noch zu der Generation, in der es nicht selbstverständlich war, als Mädchen das Gymnasium besuchen zu dürfen, im Anschluss zu studieren und dann tatsächlich den Beruf auszuüben zu können. Nach der Heirat war noch bis 1977 die Genehmigung des Mannes erforderlich. Er entschied, ob Frau arbeiten durfte oder zu Hause den Haushalt führen musste.

So kam Dr. Kirsten Boie zum Schreiben und ist heute eine anerkannte Kinder- und Jugendbuchautorin. In ihren wunderbar illustrierten Büchern macht sie unseren Kindern Mut, dass auch Mädchen „Jungensa-

Der erste Internationale Frauentag fand im Jahre 1911 statt. Für die damalige politische Forderung, das aktive und passive Wahlrecht für Frauen, demonstrierten mehr als eine Million Frauen. Nachdem die Frauen 1918 das geforderte Frauenstimmrecht erhielten, kam der Stein ins Rollen. Seitdem machen Frauen jährlich rund um den 8. März mit Veranstaltungen, Feiern und Demonstrationen auf Ungleichheiten bzw. nicht verwirklichte Frauenrechte aufmerksam.

„chen“ machen können und umgekehrt. Einen kleinen Einblick konnten wir aus dem Buch „Seeräuber Moses“ vom Oetinger Verlag gewinnen.

Es war wieder eine gelungene Festveranstaltung und zum Glück hatte das Coronavirus uns zu dem Zeitpunkt noch nicht im Griff. ■

Foto: GdP/PHH



DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25- und 40-jährigen Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.

Tel.: 040 280896-17

ABGESAGT**Absage Mitgliederversammlung**

Nach einer „Zwangspause“ wollten wir euch, liebe Mitglieder des Fachbereichs Senioren, eigentlich wieder zu unserer Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 12. Mai, um 15 Uhr in das Personalrestaurant des Polizeipräsidiums herzlich einladen.

Gundula Thiele-Heckel,
Fachbereichsvorsitzende Senioren

Doch leider verhindert weiterhin das Coronavirus ein Treffen. Wir wollen euch und uns auch nicht gefährden. Alle Sitzungen, Einladungen und Treffen wurden bislang abgesagt. Auch mussten wir auf unsere geplanten Besichtigungen von „Budnikowski“ oder der Hafenslotsenbrüderschaft ver-

zichten. Aber wir werden es alles nachholen. Vielen von euch fehlen sicher die Kontakte unter alten Kollegen und besonders der Kontakt zu Enkelkindern. Zaubern sie uns doch stets ein Lachen in unsere Gesichter und erhalten uns jung. Doch es gibt zum Glück noch das Telefon und Videotelefonate, eine Chance die Technik zu erlernen. Der Fachbereichsvorstand wünscht euch in den schwierigen Zeiten viel Geduld und Ausdauer, bleibt gesund. Telefonisch sind wir für Probleme und Fragen weiterhin für euch ansprechbar. ■

Anzeige



Die letzte Klappe ...
... fällt für jeden Menschen irgendwann.

Bestimmen Sie die letzte Szene selbst.
GBI-Bestattungsvorsorge*

Fordern Sie den GBI-Bestattungsvorsorgeordner an – kostenlos.
040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de
*mit Bankbürgschaft und Preisgarantie auf GBI-Leistungen

GBI
Großhamburger Bestattungsinstitut e.V.

GBI
DAS ORIGINAL
SEIT 1899